

Nr. 175

Delegationsgespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Generalsekretär Gorbatschow
Moskau, 10. Februar 1990

BK, 213 – 30104 S 25 So 17, BK in der SU, 10./11.2.1990, Hauptvorgang. – Vermerk des VLR I Kaestner, 11. Februar 1990. Az. 21 – 30130 S 25 – De 2/2/90. Geheim. – Mit Vorlage des MD Teltschik über Chef BK an den Bundeskanzler mit der Bitte um Genehmigung, 12. Februar 1990. Abgezeichnet: „i.O. K[ohl]“. – Gesprächsdauer: 18.40 bis 19.15 Uhr.

Generalsekretär Gorbatschow begrüßt den Bundeskanzler, Vize-Kanzler Genscher und die deutsche Delegation. Bevor er – so der Generalsekretär scherzhaft – den Außenministern das Wort erteile, um zu sehen, ob er sich mit dem Bundeskanzler von der Realität entfernt habe, wolle er noch einmal das Wesentliche des Vier-Augen-Gesprächs¹ zusammenfassen.

Noch vor wenigen Monaten sei man in Bonn zusammengetroffen,² später habe er mit Bundesminister Genscher in Moskau Gespräche geführt,³ sowohl über die bilateralen Beziehungen als auch über das Problem, das heute im Zentrum der Aufmerksamkeit gestanden habe. Dies sei damals in einer anderen Lage und unter anderen Umständen geschehen. Man habe unter „philosophischen“ Bedingungen gesprochen. Man habe keine klaren Prophezeiungen, sondern nur Vorahnungen über die kommenden Veränderungen gehabt.

Gleichwohl sei es sehr gut gewesen, daß man damals rechtzeitig in Gesprächskontakt getreten sei – wie es überhaupt in dieser Zeit des Umbruchs wichtig sei, in sehr verantwortungsvoller Weise miteinander zu sprechen und zusammenzuarbeiten.

In der Tat sei es sehr wichtig, daß man heute diese Gespräche geführt habe vor dem Hintergrund der Veränderungen in Osteuropa und auch in der Sowjetunion – und zwar im Geiste der gegenseitigen Verständigung. Dies zeuge davon, daß die beiderseitigen Beziehungen – und zwar nicht nur zwischen den beiden Staaten – nunmehr in eine neue Phase übergegangen seien. Unter dieser Perspektive habe man die deutsche Frage erörtert, die uns heute so bewege.

Er habe mit dem Bundeskanzler ein intensives Gespräch über die Zukunft Deutschlands geführt, über die Entscheidung des deutschen Volkes, in welchem Staat es leben wolle, über die Wahl, die das deutsche Volk treffen müsse. Und sicher sei es das Recht des deutschen Volkes, diese Wahl zu treffen.

Gemeinsame Meinung sei aber die gewesen, daß der Charakter der deutschen Frage derart sei, daß er nicht nur das deutsche Volk berühre, sondern auch seine Nachbarn, ja nicht nur die, sondern ganz Europa. Sie sei nicht zuletzt ein Zentralpunkt der Weltpolitik geworden. Dies sei eine sehr wichtige Verständigung und politische Feststellung. Dies sei eine sehr wichtige Orientierung, damit Mißverständnisse vermieden würden und jeder in dieser nicht einfachen Zeit verantwortungsvoll handele.

Natürlich gebe es Spezifika in den Beziehungen der Sowjetunion zu den beiden deutschen Staaten. Es sei deshalb sehr wichtig, daß gerade in dieser Umbruchszeit das, was man in der Zusammenarbeit an Positivem erzielt habe, nicht verlorengehe, sondern – im Gegenteil – die Zusammenarbeit weiter bereichere.

Wichtig sei also, daß wir uns abhängig davon, wie dieser Prozeß nun verlaufe, in welcher Art und Weise und in welchem Tempo, einig seien, die weitere Bereicherung der bilateralen Zusammenarbeit anzustreben.

Im Grunde gehe es um zwei sehr wesentliche Momente: die berechtigten Interessen der Deutschen und auch die berechtigten Interessen der Sowjetunion und anderer Völker. Mit

1 Nr. 174.

2 Nr. 2 – Nr. 4.

3 Nr. 127 Anm. 6.

dem Bundeskanzler habe er – ohne in Details zu gehen – die militärischen Aspekte dieser Problematik erörtert. Hier sollte man besonders verantwortungsvoll vorgehen – gerade darin habe er mit dem Bundeskanzler volles Einverständnis erzielt.

Der Bundeskanzler erwidert, er sehe die heutigen Gespräche – ungewöhnlich gute Gespräche – in der Kontinuität der Bonner Gespräche vom Sommer des vergangenen Jahres. Richtig sei, daß bei der Begegnung in Bonn niemand die Dramatik der jetzigen Ereignisse habe voraussehen können. Deshalb sei es so wichtig, daß man schon damals vereinbart habe, in engem Kontakt zu bleiben.

Wenn auch die Dynamik der Entwicklung unübersehbar sei, so seien wir doch auf keinen Fall daran interessiert, daß in Mitteleuropa chaotische Verhältnisse entstünden. Wer jetzt auf Destabilität setze, schade der Sache in jeder Weise.

Andererseits: Die Dinge entwickelten sich unbestreitbar in dramatischer Weise. Er habe darüber mit dem Generalsekretär lange und eingehend gesprochen.

Er begrüße sehr die Feststellung des Generalsekretärs, daß die Frage, ob die Deutschen in staatlicher Einheit leben wollten, eine Frage der Deutschen ist, eine Frage, die sie selbst entscheiden müssen; daß diese Entscheidung aber im Kontext mit den Interessen unserer Nachbarn in ganz Europa und in den weltpolitischen Dimensionen zu sehen sei.

All dies habe mit den Realitäten zu tun, entstanden im Krieg und in der Nachkriegszeit. Dazu gehörten die Sicherheitsinteressen unserer Nachbarn, nicht zuletzt die der Sowjetunion. Das berühre aber auch die psychologischen Gegebenheiten.

Im Zusammenhang mit den Sicherheitsfragen habe man auch über den Warschauer Pakt und die NATO ausführlich gesprochen. Dabei sei selbstverständlich, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion nicht allein auf der Welt seien – gerade habe Außenminister Schewardnadse mit seinem amerikanischen Amtskollegen James Baker über Fragen der Sicherheit, der Abrüstung und Rüstungskontrolle gesprochen.⁴ All dies sei, Gott sei Dank, nunmehr auf gutem Wege. Auch Großbritannien und Frankreich seien in diesen Fragen befaßt.

Was jetzt in Deutschland geschehe, könne diesen Weg nur verbessern. Dies setze allerdings voraus, daß man jetzt konsequent arbeite und das vor uns liegende Pensum bewältige.

Er wolle an ein Bild erinnern, das er vorhin gebraucht habe: Die Entwicklung laufe auf zwei Schienen:

– die Entwicklung in Deutschland und

– das, was er zusammen mit dem Generalsekretär den Kontext genannt habe.

Der Generalsekretär wirft ein, in der Tat könne man in dieser Situation mit einer Schiene keinen Ausweg finden – man müsse zweigleisig vorgehen.

Der Bundeskanzler fährt fort, die Schiene „Deutschland“ laufe in einem Tempo, das man nur sehr bedingt beeinflussen könne. Gerade deshalb müsse man auch auf der anderen Schiene vorwärtskommen. Wenn wir dies schafften – und dies sei mit gutem Willen von beiden Seiten möglich –, dann könnten wir ein vereinigtes Deutschland aufbauen, das eine Kraft des Friedens sein werde: Von deutschem Boden müsse Frieden ausgehen!

Der Generalsekretär fährt fort, nun habe man den Rechenschaftsbericht abgelegt – die Frage sei jetzt an die Außenminister, ob aus dem, was hier gesagt worden sei, Politik gemacht werden könne.

AM Schewardnadse erwidert, die Außenminister dächten wie Führungen – sonst hätte man das Gespräch nicht führen können.

Mit Bundesminister Genscher habe er sehr eingehend über die Perspektiven eines KSZE-Gipfels in diesem Jahr gesprochen. Man sei einer Meinung gewesen, daß dieser Gipfel eine

4 Nr. 173 Anm. 2.

prioritäre Aufgabe sei. Man müsse den gesamteuropäischen Prozeß voranbringen. Bei diesem Gipfeltreffen könne man auch Antworten auf viele der akuten Probleme geben, etwa im Zusammenhang mit der deutschen Frage und der Entwicklung in Osteuropa, von der der Generalsekretär und der Bundeskanzler gesprochen hatten. Mit Bundesminister Genscher habe er vereinbart, daß dieses Gipfeltreffen gründlich vorbereitet werden müsse. Man werde die Konferenz in Ottawa⁵ dazu benutzen, in gründlichen Diskussionen mit den Partnern darauf hinzuwirken. Gedacht sei an die Schaffung einer Expertengruppe zur Festlegung der Tagesordnung und Vorbereitung des Gipfeltreffens selbst. In einer gewissen Etappe sollten möglicherweise auch die Minister noch einmal zusammenkommen, um zu prüfen, ob die allseitige Bereitschaft zu einem solchen Gipfel bestehe.

Nur kurz wolle er erwähnen, daß die Abrüstungsproblematik sehr detailliert besprochen worden sei. Man sei einer Meinung gewesen, daß Fortschritte auf diesem Gebiet Garantie für Stabilität in Europa seien. Dabei – so habe man einvernehmlich festgestellt – gebe es noch große Reserven, die man jetzt einsetzen sollte.

Ausführlich habe man auch über die Umwandlung des Warschauer Pakts und der NATO gesprochen, und zwar unter dem Gesichtspunkt, daß die beiden militärpolitischen Bündnisse zu Garanten der Stabilität unter neuen Bedingungen, die mit den Veränderungen in Osteuropa entstanden seien, werden müßten.

Einig gewesen sei man sich, daß gerade in dieser Phase dynamischer Entwicklungen Konsultationen auf allen Ebenen einschließlich der Ministerbegegnungen vonnöten seien.

Schließlich habe man noch in eine sehr interessante Richtung diskutiert: Es gehe um die Schaffung einer vierseitigen Institution im Interesse Europas und seiner Stabilität und im Interesse der deutschen Nation – hier habe man noch keine konkreten Schlußfolgerungen erreicht.

Bundesminister Genscher fährt fort, man habe zunächst eine Einschätzung der Lageentwicklung der DDR und der Bemühungen, dort zur Stabilität, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, beizutragen, gegeben.

Dann habe man sich der KSZE-Gipfelkonferenz und ihrer intensiven Vorbereitung gewidmet. Denn sie müsse substantielle Ergebnisse erbringen. In Ottawa werde sicher Gelegenheit sein, darüber ausführlich zu sprechen.⁶ Ottawa werde sich eher weniger mit dem Himmel, eher mehr mit der Erde befassen.

Man habe ferner darüber gesprochen, wie die beiden deutschen Staaten über ihre gemeinsame Zukunft und über ihren Weg zur Vereinigung sprechen könnten.

Richtig sei sicher, daß die beiden deutschen Staaten hier das Gespräch aufnehmen müßten – wie man es institutionell mache, darüber müsse noch geredet werden. Dies alles müsse so sein, daß man zu einer Verständigung unter den Sechs komme, deren Ergebnis man dann beim KSZE-Gipfel bekanntgeben könne.

Der Bundeskanzler unterstreicht dies ausdrücklich: Man könne nicht auf den KSZE-Gipfel gehen, ohne diese Fragen vorher gelöst zu haben. Er spricht sich gegen eine Erörterung im großen Kreise aus.

5 Anlaß des Treffens der Außenminister von NATO und Warschauer Pakt vom 12.–14. Februar 1990 in Ottawa war die Eröffnung der Konferenz über ein Regime des „Offenen Himmels“ (Open Skies). In ihrem Kommuniqué, 13. Februar 1990 (Bulletin. Nr. 27. 20. Februar 1990, 214), verständigten sie sich auf Grundsätze und kündigten den Abschluß der Verhandlungen auf einer „zweiten Phase der Konferenz in Budapest“ noch „in diesem Frühjahr“ an.

6 In Ottawa einigten sich die Außenminister „grundsätzlich auf die Abhaltung eines KSZE-Gipfeltreffens in diesem Jahr“ und dessen „rechtzeitige und gründliche Vorbereitung“. Ferner stimmten sie überein, „daß die Verhandlungen in Wien so schnell wie möglich vorangebracht werden sollten“. Wichtig sei „insbesondere die Entwicklung eines zuverlässigen Verifikationssystems“. Es gelte, „ein KSE-Abkommen so schnell wie möglich im Jahre 1990 zu erreichen“ (Kommuniqué zu VKSE und KSZE, 13. Februar 1990, ebd., 214f.).

Generalsekretär Gorbatschow weist darauf hin, daß dem Gipfeltreffen Helsinki I⁷ auch ein Paket von Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, Polen, der ČSSR und der DDR vorangegangen sei.

Bundesminister Genscher fährt fort, bei den Gesprächen über die deutsche Zukunft wolle man nichts hinter dem Rücken der Vier tun.

Generalsekretär Gorbatschow erwidert, dann würde man beginnen, etwas hinter dem Rücken der Deutschen zu tun!

Bundesminister Genscher repliziert, damit wäre die Sowjetunion schlecht beraten!

Der Bundeskanzler wirft ein, derartiges habe man im 20. Jahrhundert schon einmal versucht – und keinen Vorteil daraus gehabt.

Generalsekretär Gorbatschow stellt fest, die Substanz der Außenminister-Gespräche falle zusammen mit Sinn und Richtung seiner Gespräche mit dem Bundeskanzler. Sehr wichtig sei, daß man in den heutigen Gesprächen die Vereinbarung erzielt habe, sowohl in dieser Etappe als auch weiterhin zusammenzuwirken, und zwar sowohl unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es unerlässlich sei, Mißverständnisse zu vermeiden, als auch der beiderseitigen Entschlossenheit, den gegenseitigen Austausch möglichst noch zu intensivieren. Gerade in dieser Etappe müsse man verantwortungsvolle Beschlüsse treffen und umsetzen.

Auch er habe mit dem Bundeskanzler vereinbart, die Kontakte zu „dynamisieren“ – und in noch größerem Maße gelte dies für die Kontakte der Minister.

Der Bundeskanzler pflichtet bei: Wenn die Dinge sich sehr dramatisch entwickelten, werde man sich jederzeit auch kurzfristig wiedersehen. Seine Maxime sei immer gewesen, besser zweimal als einmal miteinander zu sprechen.

Schon in Bonn sei man mit der „Gemeinsamen Erklärung“⁸ einen großen Schritt vorangekommen, dasselbe gelte von den heutigen Gesprächen.

Dies gelte auch für die wirtschaftlichen Dinge, einschließlich dessen, was er mit dem Generalsekretär im Blick auf die besonderen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Sowjetunion besprochen habe. Er glaube, man werde eine kluge Lösung finden.

Die beiderseitigen Botschafter werde es erfreuen, daß das Thema Weltraumfahrt nun heute glücklich abgeschlossen sei.⁹

Generalsekretär Gorbatschow unterstreicht, gerade dies charakterisiere das Niveau der Zusammenarbeit: Kooperation im Kosmos sei ein Beweis besonderen Vertrauens.

Der Bundeskanzler pflichtet bei.

Generalsekretär Gorbatschow beendet das Gespräch mit der Feststellung, nun habe man sein Abendessen verdient!

Kaestner

Anlage: Teilnehmerliste¹⁰

7 Gemeint: Schlußkonferenz der KSZE in Helsinki 1975 (Nr. 40 Anm. 2).

8 Nr. 4 Anm. 1.

9 Nr. 174 Anm. 18.

10 Anlage in der einschlägigen Akte nicht vorhanden.